

Maut für alle kommt „früher oder später“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich beim Redaktionsbesuch über Maut, Ehrenamt und Flüchtlinge



„Junge Leute sind zwar leistungsbereit, aber nicht gewillt, alles zu opfern, um Karriere zu machen“: (von rechts) Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (beide CSU) beim Redaktionsbesuch mit den NN-Redakteuren Hans Peter Reitzner und Michael Grüner (links). Foto: Ralf Münch

VON HANS PETER REITZNER

Die Unverzichtbarkeit des Ehrenamts, die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen und eine Pkw-Maut für alle – das waren die Themen beim Besuch des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) gestern in den Redaktionsräumen der Nordbayerischen Nachrichten und des Nordbayerischen Kuriers.

PEGNITZ – Er versteht den „Unmut vieler Bürger“ über die Belastung der Autobahnen durch Fahrzeuge aus dem Ausland. Und Hans-Peter Friedrich geht davon aus, dass sie „früher oder später kommen wird“ – die Pkw-Maut für alle. Auf welche Weise dann die deutschen Autofahrer finanziell entlastet werden könnten, darüber wird momentan wieder in mehreren Ministerien gebrütet.

Wie auch immer: Die Einnahmen aus einer Maut bräuchte der Bund dringend. Denn allein bei der anstehenden Sanierung von Brücken und ähnlichen Bauwerken hat sich ein Investitionsstau von fünf Milliarden Euro gebildet.

Rückgrat der Gesellschaft

Das Ehrenamt als „Rückgrat unserer Gesellschaft“ ist ein Thema, das der 1957 im oberfränkischen Naila geborene Friedrich gerne behandelt, sowohl im Redaktionsgespräch mit NN und NK als auch später in der

Wiesweierhalle vor Vereinsvertretern und ehrenamtlich Engagierten.

„Wir müssen die Ehrenamtlichen würdigen, weil sie es verdienen, weil sie ein Vorbild für andere sind, weil sie Verantwortung übernehmen“, bekräftigt der Innenminister am Redaktionstisch. „Wir müssen sie fördern, anerkennen, deutlich machen: Wir sind euch dankbar.“

Höhere Freibeträge und Erleichterungen beim bürokratischen Aufwand der Haftungsregeln sind schon überparteilich beschlossen worden. Bei den Sportvereinen wirken sich die

Bundestagswahl 2013

Erhöhung der steuerfreien Übungsleiterpauschale um 300 auf 2400 Euro und der allgemeinen Ehrenamtspauschale um 220 auf 720 Euro bereits positiv aus, ergänzt Hartmut Koschyk (CSU), Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. 100 000 im Ehrenamt aktive Menschen würden davon rückwirkend ab dem 1. Januar profitieren.

An die Arbeitgeber appelliert Friedrich, bei Neueinstellungen ehrenamtliches Engagement zu würdigen. Firmenchefs sollten diejenigen bevorzugen, die beim Katastrophenschutz oder im Rettungsdienst ihre Freizeit

opfern: „Da nehme ich den THWler, den Aktiven in der Feuerwehr.“ Dass speziell Aktive in den Freiwilligen Wehren immer öfter über Schwierigkeiten klagen, weil Vorgesetzte es zunehmend nicht gern sehen, wenn ihre Mitarbeiter zu einem Einsatz gerufen werden, sieht auch der Bundesinnenminister kritisch. Und: „Was gar nicht geht – wenn jemand solche Probleme bekommt, der im kommunalen Bereich beschäftigt ist; das ist inakzeptabel.“

Die älter werdende Gesellschaft dünnt das Potenzial für neue Ehrenamtliche zusätzlich aus. Wenn schon ein Kindergartenfest abgesagt werden muss, weil Helfer(innen) fehlen, schrillen die Alarmglocken. Friedrich kennt die Entwicklung: „Ich stamme aus dem Frankenwald; ich kannte das Fichtelgebirge kaum. Aber die enge dörfliche Gemeinschaft von früher gibt es in der Form nicht mehr.“

Doch der Oberfranke macht auch eine gegensätzliche Entwicklung aus: „Der Wunsch nach Gemeinsamkeit und sozialer Wärme nimmt bei jungen Leuten wieder zu. In unserer unübersichtlichen Welt sehnt man sich nach einer überschaubaren Gruppe, zu der man gehört – das, was wir in der CSU Heimat nennen.“

Insofern sei der ländliche Raum auf Dauer auch überlebensfähiger und biete „mehr Lebensqualität als alle anderen“, davon ist Friedrich überzeugt. „Wir leben in einer postmateria-

listischen Zeit. Junge Leute sind zwar leistungsbereit, aber nicht gewillt, alles zu opfern, um Karriere zu machen.“ Die am Tag der Bundestagswahl auch zur Abstimmung stehende Verfassungsänderung zugunsten der Gleichwertigkeit des ländlichen Raums birgt für den Christozialen die klare Verpflichtung des Gesetzgebers, die „Entwicklungsräume“ – er bevorzugt diesen Begriff – gegenüber den „Verdichtungsräumen“ zu fördern.

Flüchtlinge aus Syrien

Heute holt der Innenminister die ersten syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge vom Flughafen ab. „Als christliches Land sind wir verpflichtet, die Menschen aufzunehmen“ – um dies bewerkstelligen zu können, sei es aber notwendig gewesen, „diejenigen zurückzuschicken, die keinen Anspruch auf Asyl haben“. Friedrich meint damit Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien, die er für „sichere Länder“ hält.

Dass ein kleines Dorf mit 50 Bewohnern sich überfordert fühlt, wenn plötzlich 60 Asylbewerber in der leerstehenden Pension untergebracht werden, kann der Politiker verstehen. Er könne nur an die Verantwortlichen appellieren, solche Fragen gemeinsam mit den Bürgern zu lösen. Denn die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sei enorm: „Und das ist keine verlorene Bemühung.“